

# Deutsche Zeitung für die Provinz Sachsen

№. 200. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 199.

Zweite Ausgabe

Dienstag, 1. Mai 1906.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 87, Hinterhaus. Telefon 158; Redaktion Telefon 1275. Eing. C. Braunschtr. Schriftleitung: Dr. Walter Gebhardt in Halle a. S.

Abgabegebühren f. d. beschriebene Papierteil ab deren Raum f. Halle a. S. den Galteits 20 Pf. auswärts 25 Pf. Reklamen am Schluß des reaktionellen Teils die Zeile 10 Pf. Anzeigen-Kannakn. d. Expedition in Halle a. S. u. bei allen bekannten Anzeigen-Expeditionen.

Geschäftsstelle in Berlin Dessauerstr. 14. Telefon 1887. Eing. C. Braunschtr. Druck und Verlag von Otto Reiche in Halle a. S.

## Deutsches Reich.

Halle a. S., 1. Mai.

### Zum Tode des Staatsministers v. Bubbe.

Das im Ministerium der öffentlichen Arbeiten herausgegebene „Eisenbahn-Vorbereitungsbuch“ widmet in einer Sonderausgabe dem heimgezogenen Minister v. Bubbe einen vom Unterrichtssekretär Birkel, Geheimen Rat Fiedel und dem Zeichneren Nachruf, der zugleich den „Abschiedsgruß“ des Bewegten an seine Beamten und Arbeiter enthält. Es heißt darin:

„In dieser Trauer stehen wir an der Bahre eines hochverehrten und geliebten Gastes. Was er, ein treuer Diener seines Vaterlandes und seines, in rastloser Arbeit dem Vaterlande gewidmet, wird die Geschichte des deutschen Verkehrslebens bewahren. An deren seiner Unternehmungen aller Dienst- und Arbeitszweige hat er sich ein bleibendes Denkmal errichtet. Wie nahe seinen Sorgen alle gelebten, die dem Eisenbahnbau angehören, zeigt der Abschiedsgruß von seinem Sterbetage, den ich hiermit zur allgemeinen Kenntnis bringe.“

Der Herr v. Bubbe lebte in der Tat allen Eigenschaften der höchsten herzlichen Würde. Möge das Personal treu zusammenhalten, ein Vorbild der Treue gegen König und Vaterland! Dies ist allen Eisenbahnern und zu tun.

Staatsminister von Bubbe.

Unser Eifer und Begehrung folgen ihm über das Grab. Ueber die Krankheit des Ministers weiß ein Berliner Mitarbeiter der „Hamburger Nachrichten“ noch zu erzählen: „Es braudt keine tief Geheimnis mehr daraus gemacht zu werden, daß der Tod in Wahrheit als Entlasser an das Lager des Ministers getreten ist. Wie immer er, vom Seelischen abgesehen, rein körperlich, so konnte j. B. den Seuchern seinen letzten Umschlagnen kaum entgegen. Er konnte sich, selber zu sein, er ließ die Jahre aufeinander, er lachte, sich neben dem Kaiser, der höchsten Plauderer, so lange als möglich aufrecht zu erhalten. — Schließlich aber ging er doch leise bei Seite und nahm einen Stuhl, auf den er völlig ergriffen niedersank. Das war Ende Februar. Abermals stand eine Operation bevor, deren der Kranke in den letzten Tagen nicht oder nur durchgemacht hat. Ob sie vorgekommen worden ist, weiß ich nicht, jedenfalls wurde Herr v. Bubbe darauf beständig. Immer fester konnte er Vorträge entgegennehmen. Dennoch konnte er sich nicht entschließen, Urlaub zu nehmen und sich vertreten zu lassen. Er suchte diesen Schritt als den Anfang von Ende, fürchte dann endgültig, und wie er immer noch hoffte, ohne eigentlich zwingende Notwendigkeit, auf die Verwirklichung seiner zu verzichten, was ihm an Wichtigen für sein Reich vornehmte. Nennlich mußte nach seinem Willen darauf gesetzt werden, daß seine unangenehm Nachrichten über sein Schicksal aus dem Aemte hinausgingen; sogar der Kaiser wußte nicht genau, wie es um ihn stand. Vor seiner Fahrt nach Kopenhagen besah er den Nachschub der Verkehrsminister nach telegraphisch nach Kiel; Herr v. Bubbe wollte trotz seines Zustandes reisen, es ging nicht mehr, und er mußte er sich als Frau entschließen. Erst dadurch wurde der Kaiser auf das Nagen des Endes aufmerksam gemacht. Die Vorträge mußten ganz aufhören; aber noch immer traf der Kranke Entschörungen, Anordnungen, wogog Unteroffizieren, bis dann vor jetzt mehr als vierzehn Tagen Monie einsetzte und alle Kunst des Geheimnisses fürte ihm nur noch auf immer festeren Schritt das Bewußtsein wiederzugeben vermochte. Der Herzschlag, der zu erwarten war, konnte leichter käuflich und schließlich eintreten. Er hat sich am Sonnabend morgen 9 1/2 Uhr eingestellt und den Abschlus der qualvollen Tragödie gebracht.“

Die Beteiligung der Beamten und Arbeiter an der am Dienstag stattfindenden Leichenfeier wird ungewöhnlich groß sein. Die 21 Eisenbahndirektionen werden Deputationen nach Berlin entsenden, die Kränze überbringen. Von dem Eisenbahnbetriebsbezirk Berlin sind 32000 Beamte und Arbeiter an der Leichenfeier beteiligt. Beamte und Arbeiter aller Eisenbahnen des Reiches sind der Leichenfeier vom Eisenbahnministerium nach dem Anhalte der Bahnen nachgezogen. Die Feier findet Dienstag mittags 12 Uhr im Konferenzsaal des Ministeriums statt. Der Zug passiert wie Berliner Wälder melden, die Wilhelmstraße, die Prinz-Albrechtstraße, Dessauer, Bernburgerstraße, Alankönigs Platz. Der Zug mit dem Leichnam des Ministers wird mit dem fahrplanmäßig nach Köln abgehenden Zuge um 3 Uhr nachmittags befördert. Er soll in Bensheim bei Köln, dem Geburtsort des Verstorbenen, beigesetzt werden, und zwar Mittwoch, den 2. Mai, vormittags 10 Uhr.

\* **Deutsch-Südwestafrika.** Ein Telegramm aus Windhuk meldet: Zahlmeister-Wirant Julius W e n d a, geboren am 21. 12. 78 zu Pragrowo, früher im Infanterie-Regiment Nr. 136, am 22. April d. Js. am Gausob-Revier gefallen; Kopfschuß.

\* **Vom Kaiserpaar.** Wie aus Homburg v. d. S. gemeldet wird, hörte der Kaiser am Montag vormittag von dem Vortrag des Chefs des Zivilministeriums; später unternehmen beide Majestäten einen Spazierritt. Zur fünfständigen war Kaiserin nach gelassen. Die Kaiserin unternehmen Ihre Majestäten mit der Prinzessin Viktoria Louise und den Damen und Herren der Hofgesellschaft vom Geheimen Oberbauteur Jacoby in Automobilen einen Ausflug nach dem Altkönig. — Der Kaiser geht, wie bereits gemeldet, am Dienstag morgen um 7 Uhr sich von Homburg mit Automobil nach Gießen zu begeben und dort zur Besichtigung des 116. Infanterie-Regiments um 9 Uhr einzutreffen. Nach der Besichtigung nimmt der Kaiser im Kreise des Offizierskorps das Frühstück ein. Die Abreise von Gießen nach Berlin ist auf 1 Uhr mittags festgelegt. — Am 1. Mai wird der Kaiser zum Besuche der kaiserlichen Familien in D o n a u s c h i n g e n einreisen und dort bis zum 9. Mai morgens verweilen, worauf auf Karlsruhe die Weiterreise nach dem Reichsland erfolgt.

\* **Graf Kanza.** Die „Tribuna“ meldet aus Mailand: Votscraft Graf Kanza hatte am Montag nachmittags eine Besprechung mit dem Minister des Aeußeren Grafen Guicciardini und begibt sich direkt auf seinen Posten nach Berlin zurück. — Eine spätere Meldung berichtet uns: Am 30. April. Der Fürst Graf Kanza hatte schon eine Wohnung in Turin gemietet, um sich ins Privatleben zurückzuziehen. Er kehrt nach Berlin zurück auf ausdrückliche Bitte des Königs, der damit zu erkennen geben will, wie viel ihm an guten Beziehungen zum Deutschen Reich gelegen ist.

\* **Ministerwechsel im Königreich Sachsen.** Das „Dresdner Journal“ meldet amtlich: Der König hat dem Staatsminister v. M e i s t e r s c h e i n b a d i c h die von ihm aus Gesundheitsrücksichten erbetene Verleihung in den Ruhestand in dankbarer Anerkennung seines langjährigen treuen und erprießlichen Wirkens unter Befolgung von Antrag und Ziel eines Staatsministers bewilligt. Der König hat ferner dem bisherigen Wirklichen Geheimen Rat und Geheben in Berlin Dr. Grafen v. Hohenthal und Bergen unter Ernennung zum Staatsminister die Leitung der Ministerien des Innern und der Auswärtigen Angelegenheiten übertragen, sowie den Auftrag in Coangelicis erbeten. Der König hat ferner dem Staatsminister Dr. K ü g e r den Vorpost im Gesamtministerium sowie bei den Coangelicis beauftragten Staatsministern übertragen.

\* **Reichstagswahl.** Nach dem amtlichen Wahlergebnis sind bei der am 25. April stattgefundenen Reichstagswahl im Wahlkreis D a r m s t a d t - G r o s s e n u m g e n g a n g e n 29 22 Stimmen abgegeben worden. Davon erzielten Landtagsabgeordnete: Verfolde Darmstadt (Soz.) 13 801, Reichsanwalt Stein-Darmstadt (natl.) 10 315, Bayerer Koell-Königshäuten 5808 Stimmen. Es findet Sitzungszeit zwischen den beiden Ereignissen statt.

\* **Die Judentheorie.** Die „Nord. Allg. Ztg.“ meldet: Die deutsche Regierung hat zum 28. Juni d. Js. Einladungen zu einer Konferenz betreffend die Judentheorie ergoßen lassen. Einladungen sind außer den an der Vorlesung beteiligten gewesenen Staaten, nämlich Frankreich, Großbritannien, Italien, Desterreich-Ungarn, Rußland, Spanien und die Vereinigten Staaten von Amerika noch Ägypten, Argentinien, Belgien, Brasilien, Bulgarien, Chile, China, Dänemark, Griechenland, Japan, Mexiko, Montenegro, die Niederlande, Norwegen, Persien, Peru, Portugal, Rumänien, Schweden, Serbien, die Türkei und Uruguay. — Als deutsche Vertreter sollen an der Konferenz teilnehmend der Staatssekretär des Reichspostamts, K r a e f t e, der Unterstaatssekretär im Reichspostamt, S y d o w u. a.

\* **In der Schlußkommission des Abgeordnetenhauses** wurden am Montag aus schließlich die §§ 11, 11a, 11b und 11c betreffend Leberung des Vermögens der aufgelassenen Träger der Schuldenverpflichtung auf die neuen Schuldner, und zwar wesentlich in der von der Unterkommission vorgeschlagenen Fassung angenommen, nur wurde in § 11c anstelle des Verwaltungsführer-Berufes der ordentliche Reichsgerichtsrat eingeführt.

\* **Die Ausübung der Jagd.** Dem Abgeordnetensaule ist ein Gesetzentwurf betreffend Änderungen in den Bestimmungen über die Ausübung der Jagd zugegangen.

## Deutscher Reichstag.

90. Sitzung vom 30. April 1906, 11 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Frhr. v. Stengel, Frhr. v. Reichenbach.

Nach der Tagesordnung steht als einziger Gegenstand die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Erhebung des Reichshaushalts und die Tilgung der Reichsschuld und zwar die Änderung des Brauereiergesetzes.

Präsident **Herr Ballerstein** schlägt vor, den § 3a als das selbe materiae zunächst zu beraten, wie das in der Kommission ausgedrückt ist.

Das Haus stimmt dem zu.

Dieier § 3a behandelt die Erhebung der Brauereier. Nach ihm steigt die Steuer von 4 Mark der Doppelzentner auf 10 Mark für den Doppelzentner bei feuerpflichtigen Brauereien von über 7000 Doppelzentnern.

**Herr Dr. Siedemann** (Soz.): Die Brauereien werden die vorgelegene Stellung nicht entgegen können. Sie werden die Steuer auf das Maßhalten abändern. Daß die Brauereien sich nicht vor der Erhebung der Steuer, geht daraus hervor, daß deren Aktien in letzter Zeit nicht gefallen, sondern gestiegen sind.

**Herr Reich** (Soz.): Ich hatte in der Kommission einen Antrag gestellt, die Höhe der Erhebung für die kleineren Brauereien noch mehr herabzusetzen. Ich mußte aber den Antrag zurückziehen, weil sich die Mehrheit für ihn nicht fand. Die großen Brauereien können die Steuer unanfechtbar tragen. Namentlich in Deutschland ist der Verkaufspreis des Bieres ganz bedeutend höher als der Einkaufspreis. Die ungeheuren Mieten für Bierlokale verteuern das Bier. Was dafür gezahlt wird, ergibt sich daraus, daß in Berlin 10 000 Mk. einem Inhaber eines Bierlokals als Entschädigung für Verlust seines Lokals gezahlt wurden. Die Höhe der Erhebung von 1/2 Bg. für einen halben Liter kann wohl getragen werden. Wenn das Bier ein flüssiges Brot genannt würde, so ist es ein sehr teures und ein Luxusprodukt.

**Herr Dr. Müller** (Soz.): Aus der Brauereier eine Sondergewerbesteuer zu machen, kann ich nicht billigen. Man hat nicht einmal den Versuch gemacht, die Steuer als Gewerbesteuer zu begründen. Man hat sie als Konsumsteuer anerkennen müssen. Die Erhebung für die kleineren Brauereien, um sie zu schützen, ist nicht angebracht, denn ich kenne kleinere Brauereien, die eine bessere Ausbeute aus ihrem Betriebe erzielen als große. Die Erhebung wird den kleineren Brauereien nicht helfen. Der Konkurrenzkampf wird durch diese Differenz in der Erhebung zwischen den kleinen und großen Brauereien in Zukunft noch heftiger entbrennen und den kleineren Brauereien wird noch eher das Schicksal ausgehen. Durch das Zuschlagen des Bierpreises wird der Schnapskonsum gefördert werden. Die Statistik über den Eins- und Verkaufspreis ist zum Teil von Lofalen aufgestellt, die noch andere bieten, vor allen Dingen von Ammerheiden. (Hört! hört!) Haben nicht aber gerade die Süddeutschen wie Böhmer zuerst Luxusbrauereien aufgeführt? Bei dem Weist. das der We. Reichlich anhielt.

wonach einem Maßstabe hier 50 000 Mk. als Entschädigung gezahlt worden sind, haben sicherlich besondere Umstände obgewaltet. Ich bin für eine mögliche Bekämpfung der jeglichen Bekämpfung der Brauereien ohne jede Erhebung. Daß die neue Erhebung die Brauereier gemindert werden. Sie die Maß der Unzulänglichkeiten vermehren und damit die Position der besten, die von dieser Unzulänglichkeiten leben. Staatssekretär **Frhr. v. Stengel**: Bevor ich auf die Ausführungen des Herrn Vorredners eingehe, habe ich in Vertretung des Herrn Reichsgerichtsrats namens der verbündeten Regierung der Kommission dafür zu danken, daß sie auf sachlichen Standpunkten lebend die ihr von dem Reichstag übertragenen Aufgaben in großer und scharfer Aufgabe glücklich gelöst hat. ( Bravo! ) Die Arbeit in der Kommission hat mitunter eine Beurteilung in der Presse gefunden, die ich als eine gerade nicht anerkennen konnte. Wenn der Geist, der die Arbeiten der Kommission fort und fort geleitet hat, auch die Arbeiten dieses hohen Hauses leitet, so darf wohl mit Zuversicht erhofft und erwartet werden, daß ungeachtet der großen Arbeit und mancherlei Schwierigkeiten die Kommission, die sich bei der Beratung der Vorlage ergeben haben, gleichwohl auf ein Ergebnis zu rechnen sein wird, das großen Segen haben wird. Was mich die Ausführungen des Herrn Vorredners anbelangt, so kann ich erklären, daß die Einleitung zu der bemängelten Statistik des Herrn Vorredners erst am 25. November des abgelaufenen Jahres getroffen worden ist, zu einem Zeitpunkt, zu dem der Brauereiergesetzentwurf den hohen Reichstag noch nicht vorlag. Es konnte in der kurze der Zeit nicht ein so eingehendes Statistisches von uns geschickt werden. Es war eben in dieser kurzen Zeit nicht möglich, selbst wenn man alle Arbeitsteiligkeit zur Verfügung gehabt hätte. Wir wollten ein ungefähres Bild über den Einkaufs- und Verkaufspreis des Bieres erhalten um zu sehen, ob die Erhebungen, die wir unter Kenntnis gemacht waren, allgemein zureichend waren. Die Erhebungen wurden in nicht weniger als 18 Reichsteilen in allen Teilen des Reiches angefertigt, jedoch man erwartete konnte, daß das Bild ungenügend zureichend sein würde. Nun ist bemängelt worden, daß man in der Auswahl der Orte nicht richtig verfahren sei und daß nicht alle Schaustätten herangezogen worden seien. Ich habe nun insofern eine Erhebung in Ostpreußen, Braunschweig a. M. und Westfalen anstellen lassen, also in drei Staaten, wo teils landwirtschaftliche und teils industrielle Industrie vorwaltet. Durch die Ermittlung ist die Minderheit der Ergebnisse der früheren Ermittlung vollumfänglich bewiesen. Der Unterschied zwischen dem Centerpreis und dem Verkaufspreis beträgt 16 bis 19 resp. 35 bis 39 Pf. Je nach den Orten ist der Centerpreis und der Verkaufspreis verschieden. Wahrscheinlich ist er aber in Wirklichkeit noch höher. Selbst wenn die Differenz niedriger ist, wäre Erhöhung der Brauereier, auch wenn die Regierungsvorlage in Aussicht genommen wird, von etwa 1/2 Pf. pro Doppelzentner der Rede wert.

**Herr Dr. Weder** (nl.): Wenn man Bier ein Nahrungsprodukt nennt, so ist das das teuerste, was es für den Arbeiter gibt. Meine politischen Freunde stehen auf dem Boden der Kommissionsarbeiten. Die Erhebung, die wir vorgelegt haben, wird eine Erhöhung für die kleineren und mittleren Brauereien sein und damit werden wir unseren Vertriebswegen einseitig und der Minderheit andererseits, die die Mängel der Brauereier gern benützt. Zu einem Entschädigungsumme liegt unvorhergesehenen Anlaß vor, als wir diese Stellung nach mühsamen Verhandlungen mit den kleineren und mittleren Brauereien zu Stande gebracht haben; allerdings, die Großbrauereien haben abgesehen von der Erhebung der Minderheit Steuer von den Brauereiern gar nicht nötig, die kleineren können es tragen und die großen sollen es. Daß wir auf dem rechten Wege sind, zeigt der Umstand, daß die Aktien der Brauereien an der Börse nicht bloß nicht gefallen sind, sondern daß jetzt sogar eine Erhöhung eingeleitet hat, in der Hoffnung, nach Gewinn aus der Steuer herauszuschlagen. (Beifall.)

**Herr Gump** (Soz.): Die Großbrauereien sind sich selbst des Gegenstandes wohl bewußt, der sie von den kleinen und mittleren Brauereien trennt. Ihre Ausführungen können deshalb für uns nicht maßgebend sein. Die Herren von Berlin sprechen gegen die Steuer, warum haben sie denn nicht zunächst die schädliche Steuersteuer auf? Der Antrag Dr. Siedemann, den er in der Kommission gestellt hat und den er jetzt wiederholt, ist für die kleineren Brauereien günstiger. Es wäre vielleicht sehr erwünscht, auch den meisten deutschen Konsumenten, wenn wir die Zuckersteuer ermäßigen und dafür die Versteuerung erhöhen. (Zurück links: Ausrufen!) Es muß zu Herrn Dr. Siedemann angeschlossen sein, wenn eine gesetzliche Maßnahme auf einmal den Alkoholen zu Gute kommt. (Beifall links.) Wir stimmen der Kommissionsfassung zu. (Beifall rechts.)

**Herr Dr. Badmische** (fr. Bg.): Des Vorredners Auffassung verleihe ich, trotzdem ich sie nicht richtig. Der Reichsgerichtsrat ist zu wünschen, er ist mit dem Kommissionsgesetz zu zufrieden. Die Ausbeute hängt heute ab von der Qualität des Malzes, dem Malzverfahren und den Entschäden in den Käufern. Ist das Malz ausgiebiger, ist es auch meist teurer. Der Unterschied zwischen dem Großbetrieb und Kleinbetrieb verringert sich dieser Beziehung mehr und mehr. Sie schafft man eine Erhebung für den Großbetrieb. Ein gefälliger Wechsel der Lagerernte müssen Sie dann auch die anderen Großbetriebe befördern, denn nach der Rentabilität stehen die Brauereier erst an adäquater Stelle. Auch die Getreide werden die Belastung abändern. Das Publikum hat den Schaden. Netter des Reichstages sind Sie hierdurch nicht. (Beifall b. d. Zentr. u. Soz.)

**Frhr. v. Reichenbach** (fr. Bg.): Nach den Ausführungen der Abgeord. Dr. Müller-Sagan und Dr. Badmische möchte man annehmen, daß die großen Brauereier-Gesellschaften schon so lebend leben, daß man ein Gesetz zu ihrem Schutze machen müßte. (Beifall.) Das wird wohl hier niemand glauben. Bei den notwendigen mühseligen Verhandlungen in der Kommission bin ich überfordert an das Wort eines Ausfühlers erinnert worden: Die Deutschen wollen immer da raus, wo kein Loch ist. (Beifall links und sehr rühmlich.) Wir würden längere als aller Steuererhöhung heraus sein, wenn wir es wie andere Staaten machen, wenn die Herren dem Vorschlag der Regierung zugestimmt hätten und Bier und Tabak befreit hätten, wie es alle





